



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/85 - 11. April 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Um die gleitende Arbeitswoche	S. 1
Gefahren und Vorteile der neuen britischen Verteidigungspolitik	S. 2
Um die Regierungsbildung in Saarland	S. 4
Flüchtlingslager - falsch geschen	S. 6
Dr. Hermann Veit - 60 Jahre	S. 8
Verstimmung zwischen USA und Kanada	S. 9

CDU diskutiert mit falschem Pathos

rd. Die erregte Debatte, auf Grund der Anfrage der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, über die Einführung der gleitenden Arbeitswoche für 13 500 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, wurde für den objektiven Beobachter mit völlig falschem Pathos diskutiert.

Die Tatsachen sind, dass in den Hochofen- und Siemensmartin-Werken der Bundesrepublik seit nunmehr Jahrzehnten durchgehend sonntags gearbeitet wird, dass darüber hinaus von den etwa fünf Millionen Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen mehr als eine Million regelmäßig sonntags arbeiten, wozu nur etwa 250 000 eine besondere behördliche Genehmigung benötigen und erhalten haben. Tatsache ist auch, dass diese Art der Sonntagsarbeit der eine Million Beschäftigten keineswegs inner lebenswichtige Tätigkeiten betrifft. Es handelt sich bei diesen Beschäftigungen um die Aufrechterhaltung der Energie-Versorgung, des Verkehrs, der Gaststätten und Vergnügungsbetriebe.

Es hat in den Jahrzehnten seit Erlass der Bundesratsverordnung von 1895 kaum jemals einen Protest gegen die Sonntagsarbeit und die Entheiligung des Sonntags aus den Kreisen gegeben, die sich anlässlich des Arbeitszeitabkommens in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens vom 21. 12. 1956 jetzt zu ihrer grossen Anfrage an die Regierung und zu der Diskussion mit verschobenem Pathos im Bundestag verstiegen haben. Dagegen haben die Gewerkschaften, die dieses

Arbeitszeitabkommen mit den Arbeitern trafen, in all den Jahren und immer wieder energisch gegen die Sonntags-Arbeit protestiert. Sie haben letztlich dieses Abkommen getroffen, um den Stahlarbeitern, die in diesen Jahrzehnten nicht einen einzig freien Sonntag gekannt haben, diesen freien Sonntag nun endlich zu verschaffen.

Noch ein paar Tatsachen sollten der Öffentlichkeit bewusst sein. Die ersten Versuche, den Stahlarbeitern einen freien Sonntag zu geben, und zwar durch Einführung einer kontinuierlichen Arbeitsweise in den Stahlwerken - da man einen Hochofen nicht einfach über Sonntag ausgehen lassen kann und auch die Reparaturarbeiten nicht in den Zeiten der üblichen Produktion vorgenommen werden können - sind in den Hüttenwerken Oberhausen mit Genehmigung der Regierung Arnold, CDU, und seines Arbeitsministers Ernst, CDU, gemacht worden. Ein unabhängiges Gremium von Wissenschaftlern hat die Ergebnisse dieses Versuches begutachtet. Erst nach langen eingehenden Gesprächen zwischen den Tarifpartnern, der Regierung und den beiden Kirchen ist dieses Abkommen der Tarifpartner getroffen worden. Es muss schliesslich festgestellt werden, dass keine der beiden Kirchen den Tarifpartnern etwa unterstellt, eine Regelung getroffen zu haben, die sich bewusst oder gar gewollt gegen die Interessen der Konfessionen und gegen die Heiligung des Sonntages richtet. Gemeinsam ist den Tarifpartnern wie den Kirchen das Interesse an einer Lösung, die die Arbeitnehmer an jedem Sonntag von der Arbeit befreit. Doch ist solch eine Lösung, die den technischen Bedingungen und der notwendigen volkswirtschaftlichen Produktion entspricht, bisher von keinem der Beteiligten gefunden worden.

Es ist daher reine Demagogie, wenn insbesondere der Bundesfamilienminister und mit ihm Teile der CDU/CSU-Fraktion in der Debatte von einem Vorrang materieller Interessen sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeberseite vor den ethischen Werten des geheiligten Sonntages sprechen, von einer Wirtschaftsgesinnung, deren Prinzipien "aus dem Osten importiert seien". Wir stellen fest: weder haben sich die jetzt protestierenden Kreise seit Jahrzehnten um das Problem der Sonntagsarbeit gekümmert und sie nicht als eine Entheiligung der ethischen Werte des Sonntages empfunden, noch haben sie jetzt etwas Ernsthaftes unternommen, um dieses Problem zu begegnen.

Schliesslich ist die CDU/CSU Regierungspartei. Sie hätte sich nicht auf eine Anfrage im Bundestag zu beschränken brauchen. In ihre Hand ist gegeben, durch eine konkrete gesetzliche Regelung den geheiligten arbeitsfreien Sonntag wieder herzustellen und den mit soviel Pathos zitierten Arbeitnehmer am Sonntag seiner Familie wiederzugeben. Aber sie hat weder einen entsprechenden Antrag gestellt, noch eine Gesetzesvorlage vorgelegt, noch auch überhaupt einen Vorschlag erwogen, wie dieses Problem gelöst werden könnte. Sie hat sich auf eine "Anfrage" beschränkt und auf eine pathetische Diskussion, die im Angesicht des bevorstehenden Wahlkampfes nichts anderes bezweckte als ihr bereits unglaubwürdig gewordenes christliches Aushängeschild aufzupolieren.

Fragwürdige Abschreckung

E.A., London

Drei riesige Wolkenpilze von krepierenden H-Bomben symbolisieren die neue Konzeption der britischen Wehrpolitik. Sie werden Ende Mai und Anfang Juni über den Weihnachtsinseln im Pazifik in den Himmel hineinwachsen, unverkennbare Mahnzeichen, dass die Menschheit in dem Abgrund des selbstfabrizierten Untergangs zu stürzen droht.

Der britische Verteidigungsminister bezeichnete die Revolution des militärischen Denkens, die dem vor wenigen Tagen veröffentlichten britischen "Weissbuch über die Verteidigung" zugrunde liegt, als "die grösste Wendung der Militärpolitik, die in normalen Zeiten gemacht worden ist". Die grossen Linien der neuen Wehrpolitik sind bekannt. Die allgemeine Wehrpflicht soll im Jahre 1960 aufhören, die britischen Streitkräfte werden um fast die Hälfte reduziert, die Schlachtschiffe werden verschrottet oder verkauft, und die Royal Air Force wird kräftig beschnitten. Ferngelenkte Raketen sollen schliesslich die Jäger und Bomber ersetzen.

Dem Leistungsvermögen angepasst

Welche Vorteile verspricht sich die britische Regierung davon? Zunächst einmal, dass die Militärlasten dem Leistungsvermögen angepasst werden. Allerdings sind die Ersparnisse im ersten Jahre nur geringfügig - ganze 79 Millionen Pfund Sterling oder 930 Millionen DM bei einem Militärbudget, das sich auf rund 17 Milliarden DM beläuft. Mehr dürfte man einsparen, wenn die Verringerungen der Mannschaftsstärken und der Abbau der überseeischen Verpflichtungen stärker ins Gewicht fallen werden. Trotzdem wird die Umstellung auf atomare Waffen und die Weiterentwicklung von H-Bomben und Raketen geschossen auch weiterhin Uneuamem verschlingen.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist sehr populär. Von Labourseite hatte man seit Jahren darauf gedrängt, die gesamte Jugend hatte sie dringend erwünscht. Insofern schafft sich die Mac-Millan-Regierung eine Rückendeckung für die nächsten Wahlen, indem sie den Labourpartei rechtzeitig das Wasser abzugraben versucht. Die im Weissbuch in Aussicht gestellte Verringerung der Effektivstärke der britischen Wehrmacht kann sich natürlich wirtschaftlich günstig auswirken. Nicht nur, dass in fünf Jahren der Industrie rund

320 000 Menschen im besten Lebensalter mehr zur Verfügung stehen werden, sondern auch die Gesamtproduktion des Landes wird durch die Aufgabe vieler konventioneller Waffenerzeugungen positiv entlastet werden. Viele Betriebe werden sich von der Kriegsproduktion auf die Erzeugung ziviler Bedarfsartikel umstellen müssen, eine Reihe von anderen wird anstelle von Flugzeugen, Panzern und Geschützen nun Raketen etc. fabrizieren müssen.

Schwere Gefahrenmomente

So weit, so gut. Wie aber sieht die andere Seite der Medaille aus? Der wichtigste Satz der neuen Wehrpolitik lautet im Weissbuch: "Im Augenblick gibt es kein Mittel, um die Bevölkerung ausreichend gegen die Folgen eines nuclearen Angriffs zu schützen". Daraus folgt man lakonisch: "Die Verteidigung Grossbritanniens ist nur möglich als ein Teil der kollektiven Verteidigung der freien Welt". In diesen beiden kurzen Feststellungen aber liegen schwere Gefahrenmomente. Verteidigung wird zur Abschreckung mit Hilfe der H-Bombe. Alle Verteidigungsplanung beruht auf der Hoffnung, dass angesichts der Furchtbarkeit der Konsequenzen niemand die H-Waffen jemals anwenden werde. Liesse sich eine solche Hoffnung auch nur aussprechen, falls Hitler oder Stalin in seinen Wahnsinnsjahren noch leben würde? Welchen Beweis liefert die Geschichte, dass sich solche Phänomene nicht wiederholen? Das Zentralproblem des Zeitalters der Wasserstoffbombe besteht ja nicht in der Fabrikation der H-Bombe und der Reorganisation der Wehrmacht, sondern in einer Politik, die unsere Menschheit vor der Gefahr des selbstverschuldeten Untergangs retten könnte. Stattdessen konzentrieren die drei Mitglieder des Atombomben-Clubs alle ihre Kräfte auf die Produktion von H-Bomben und deren ballistische Träger.

Grossbritannien handelt als der getreue Gefolgsmann und Juniorpartner zum grossen amerikanischen Bruder, der seine ganze Hoffnung auf einen gelinden Vorsprung in nuclearen Wettrennen setzt. Die Russen machen Vorschläge zum Abstoppen von nuclearen Versuchsexplosionen und krepieren im selben Augenblick weitere Höllebomben. Sie können das ruhig tun, ohne vom Weltgewissen zur Ordnung gerufen zu werden, solange der Westex keine positiven Vorschläge zur Beendigung von Explosionen macht, die mit Sicherheit die Ausrottung des Menschengeschlechtes zur Folge haben müssen. In dieser fatalen Entwicklung liegt das Hauptrisiko der neuen britischen Verteidigungspolitik. Daneben verblässen die anderen Gefahren.

11. April 1957.

Saar-Roeder: Bischofswunsch ist kein Befehl

G.H. - Saarbrücken

Die Regierungskrise an der Saar hat ihren Höhepunkt erreicht. Die obligatorischen Hinweise von CDU und CVP, man habe neue Ansatzpunkte entdeckt, dürften durch den Dienstag-Beschluss der CVP-Führungsgremien illusorisch geworden sein. Die CVP teilte mit, dass sie sich keine personellen Forderungen vorschreiben lassen wolle. Selbst das Telegramm des Bischofs von Trier, das er zugleich im Namen des Bischofs von Speyer an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen der CDU und CVP richtete, war nicht dazu geeignet, auf der Stirn des mit der Regierungsbildung beauftragten CDU-Abgeordneten Dr. Roeder die Sorgenfalten zu glätten. Die von den Bischöfen verlangte Zurückstellung aller hemmenden personellen und sachlichen Forderungen bei der Bildung einer Regierung, in der beide christliche Parteien vertreten sein sollen, ist genau die Klippe, an der schon ganze Versöhnungsflotten zerschellt sind.

Die Vereinigungs-Spielregeln zwischen CDU und CVP wurden nur um einige Nuancen bereichert. Abwechselnd schreiben CDU und CVP: Die CDU bzw. die CVP muss sich entscheiden! - Entscheiden nämlich, ob mit der Übernahme des CVP-Führungsgremiums auch das Regime Johannes Hoffmann rehabilitiert werden soll, bzw. ob die CVP mit der Verabschiedung ihrer belasteten Leute das Ziel der ursprünglich gegen Johannes Hoffmann und die CVP angetretenen Parteien anerkennt.

Wenn sich nun herausstellen sollte, dass CDU und CVP keine Regelung finden, dürfte zumindestens eins feststehen: Parteiinterne Auseinandersetzungen dürfen nicht zum Regierungsprogramm erhoben werden. Um nichts anderes würde es sich handeln, wenn man beschliessen wollte, die zurückgetretene Regierung Dr. Wey unverdrossen weiterantieren zu lassen bzw. eine neue Übergangsregierung zu bilden, wie das Dr. Roeder durchblicken liess.

Das Telegramm der Bischöfe, das den CDU/CVP-Vereinigungsprozess beschleunigen soll, hat den mit der Regierungsbildung beauftragten Dr. Roeder aber auch noch aus einem anderen Grunde in Verlegenheit gebracht. Er fühlte sich zu der Erklärung veranlasst, dass seine Partei den Wunsch der Oberhirten nicht als Befehl auffasse, was auch mit dem Reichskonkordat nicht zu vereinbaren wäre, und fügte hinzu, bei der

11. April 1957

CDU handele es sich um eine echte christliche Union und nicht um eine nach katholischen Gesichtspunkten ausgerichtete konfessionelle Partei, was man dem Wortlaut des Telegramms hätte entnehmen können.

Am Dienstag dieser Woche schrieb die CDU von Anzeichen, die darauf hindeuteten, dass die CVP nach wie vor ihre eigenen Wege gehen möchte. Es lägen Äußerungen von Persönlichkeiten der CVP vor, wonach diese zu keiner Wahlsprache mit der CDU kommen wollten, um nach einem etwaigen Wahlerfolg als CVP/CSU (die CVP hat sich inzwischen vom Zentrum gelöst) bessere Bedingungen gegenüber der CDU zu haben. Sollte es sich nicht um einen Versuchspallon oder eine neue Bestätigung bekannter Sorgen handeln, dann müsste von der CDU-Saar wohl bald eine klare Stellungnahme erfolgen. In jedem Falle aber sollte man von der Praxis, Provisorien gegen Provisorien auszuwechseln, abgehen. Es war der CDU-Abgeordnete Dr. Roeder, der darauf hinwies, mit welchem Unmut die Bevölkerung an der Saar das Regierungsdilemma beobachtet. Im entscheidenden Moment muss es also auch darauf ankommen, nicht nur gegenüber seinen eigenen Wählern, sondern auch gegenüber der gesamten Bevölkerung das Gesicht zu wahren.

Die SPD-Saar hat ihrer Antrag, den Landtag aufzulösen, bis zur nächsten Landtagssitzung zurückgestellt. Bis dahin, sagt die SPD, sollte es sich entschieden haben, ob an der Saar eine Regierungsbildung möglich ist. Bestätigen die bis dahin gemachten Erfahrungen die derzeitige Ohnmacht, sollte man sie nicht durch eine Scheinlösung vergrößern. In den nächsten Monaten müssen an der Saar Entscheidungen getroffen werden, die für die Zukunft dieses Landes mitbestimmend sind. Es lässt sich mit den Prinzipien eines demokratischen Staates auf die Dauer auch nicht vereinbaren, dies ohne Innenminister und Finanzminister (beide Posten sind verwaist) tun zu wollen. Im gegebenen Augenblick die Bevölkerung entscheiden zu lassen, argumentiert die SPD-Saar, sollte auf jeden Fall nicht als Zeichen der Schwäche empfunden werden.

* * *

Der "Knüller" von Weinsberg

KZ. Was die bundesdeutsche Presse von den Sowjetzonenflüchtlingen zu berichten weiss, ist nicht immer schmeichelhaft. Einzelfälle fragwürdiger Grenzläufer zwischen Ost und West interessieren leider oft mehr als das Schicksal jener Tausende, die allmonatlich aus der Zone flüchten. Hat der Bundesbürger eine Vorstellung vom Leben in den rund 3 000 Flüchtlingslagern?

Einer grossen westdeutschen Illustrierten kommt das "Verdienst" zu, ihre Leser mit einer Bildreportage über das Lager Weinsberg in Nordwürttemberg unterhalten zu haben. "Flüchtling - ein Beruf?" war das Elaborat überschrieben, und es lässt sich schwer sagen, ob der Autor nur leichtfertig die Tatsachen auf den Kopf stellte, oder ob eine böse Absicht Pate gestanden hat. "Wohnen hier Verfolgte oder Arbeitsscheue?" fragte der Reporter unter der Grossaufnahme des Lagers Weinsberg. Und die Antwort auf die selbstgestellte Frage: "Nur die wenigsten sind echte politische Flüchtlinge. Die meisten entpuppen sich bei genauer Prüfung als 1.) Wirtschaftsflüchtlinge, die das Westmarkwunder anlockt; 2.) Eheflüchtlinge, die ihre Frau los sein wollen; 3.) Unterhaltsflüchtlinge, die glauben, der Eiserner Vorhang befreie sie von Alimentenzahlungen."

So einfach ist das also! Auf einer Illustriertenseite klären sich die vielschichtigen Probleme der Zonenflucht: bis auf ein paar Ausnahmen, von denen zu reden sich nicht lohnt, sind die Flüchtlinge dubiose Gesellen - eine Landplage schlechthin. Der Reporter hat sich aber auch um Beweise für seine These bemüht: er fotografierte die Fernschanterne auf einem Barackendach, ein Auto und ein Moped. Sprach von den geflüchteten Häftlingen, die Unsummen an Entschädigung bekommen, multiplizierte die tatsächliche Haftentschädigungshöhe mit sieben. Es sei gar nicht gut, jungen Leuten soviel Geld in die Hand zu geben.

Und was treiben die Lagerinsassen sonst noch? Sie sind ein wahrer Schrecken für die Umgegend, arbeiten wollen natürlich nur die wenigsten. Denn da ist die "Lagerlockung": fertiges Essen, warme Zimmer, jeden zweiten Mittwoch ALU-Empfang. Und wörtlich dann: "...benützen das Lager als bequeme Dauerwohnung, randalieren, vernachlässigen ihre Kinder in den Lagerschulen oder verkaufen sogar ihre gespendeten Kleider." Und das Lageressen werfen sie in die Klosetts...

Das Bild ist vollkommen: Sowjetzonenflüchtlinge sind Lumpen,

Abscheu der Menschheit. Auf Kosten des westdeutschen Steuerzahlers verschaffen sie sich ein vergnügtes Leben in den Lagerparadiesen. Diese Lesart kommt manchen Bundesbürger entgegen, der, im "Wirtschaftswunder" herzverfettet, die Flüchtlinge zum Teufel wünscht, weil er die menschliche Tragik der Geflüchteten nicht sieht und oft auch gar nicht sehen will.

*

Die Wirklichkeit in den 3000 Flüchtlingslagern sieht anders, ganz anders aus. Vielleicht muss man ein oder zwei oder drei Jahre im Massenquartier gelebt haben, um sie richtig einzuschätzen. Es gibt keine "Lagerlockung", sondern nur einen Lagerfluch. Die Flüchtlinge haben nach nichts mehr Sehnsucht, als nach einem neuen Zuhause, nach eigenen vier Wänden. Der Wohnungsbau hält nicht Schritt mit dem steigenden Bedarf. Dort, wo heute drei Familien in eine Wohnung eingewiesen werden können, ziehen morgen vier neue in die Baracke ein. Das ist überall so und nicht nur in Weinsberg. Alle Lager - Notaufnahme-Durchgangs-Gast- und Stammlager - leiden an chronischer Überfüllung. Oft liegen die Insassen in Abstellräumen, auf Korridoren, in Gasthaussälen. Es ist einfach kein Platz. Die Aufrüstung hat zur Räumung etlicher Kasernen geführt, die mit Flüchtlingen belegt waren. Soldaten rücken an ihre Stelle: in von Grund auf renovierte Räume. Der Bundesregierung aber fällt es deswegen noch lange nicht ein, den Wohnungsbau in entsprechender Ausmass zu forcieren.

Arbeits scheue Flüchtlinge? Natürlich gibt es auch die. Schwarz-Weiß-Malerei wäre töricht. Der zitierte Illustriertenbericht aber stellt die Wirklichkeit auf den Kopf: die meisten Flüchtlinge arbeiten, fahren oft stundenlang täglich zur Drehtbank, auf den Bauplatz, an den Schreibtisch. Unsere Wirtschaft hätte es nicht so herrlich weit gebracht, wenn sie ihre Arbeitskräfte nicht aus dem Reservoir der Flüchtlinge holen könnte. Und warum soll sich ein tüchtiger Arbeiter, der seit zwei Jahren Geld verdient, keinen Fernsehapparat in sein Barackenzimmer stellen? Den kann er kaufen - eine Wohnung nicht. Und warum soll sich ein politischer Flüchtling, der sich drüben sechs Jahre lang durch die Zellen eines Zuchthauses gequält hat, nicht ein Motorrad kaufen? Sind sechs fürchterliche, lebensbedrohende Jahre mit knapp 4 000 DM zu hoch "honoriert"?

Die Weinsberg Reportage hat zu massiven Protesten der Flüchtlinge aus allen Lagern der Bundesrepublik geführt. Der "Flüchtling" - die

Monatszeitung des SPD-Vorstands - hat in ihrer letzten Ausgabe die Illustriertenveröffentlichung scharf verurteilt und daraufhin Dutzende von Leserzuschriften erhalten. "Was wird unternommen, dass derartige Diffamierungen nicht wieder gedruckt werden können?" - das ist der Tenor der Briefe. Der "Flüchtling" hat sich inzwischen an verschiedene Regierungsstellen und an die bewusste Illustrierte gewandt. Eine Antwort hat es bisher von keiner Seite gegeben. Wir sind mit dem "Flüchtling" einer Meinung, wenn er seine Stellungnahme zu der Weinsberg-Reportage mit der Feststellung schliesst: "Solange in der Bundesrepublik solche diffamierender Berichte gedruckt werden können, besteht wenig Aussicht, dass Regierung und Öffentlichkeit begreifen, wie sehr die Zonenflüchtlinge der Hilfe bedürfen."

* * *

Dr. Hermann Veit wird 60 Jahre

Der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Dr. Hermann Veit, vollendet am kommenden Samstag das 60. Lebensjahr. Seine markante Persönlichkeit ist eng mit dem Wiederaufbau des deutschen Südwestens verbunden. Dr. Hermann Veit stammt aus Karlsruhe. Dort war er bis 1945 als Rechtsanwalt tätig und hatte sich mehrfach bei der Verteidigung politisch und rassistisch Verfolgter der Unwillen der damaliger Machthaber zugezogen. Nach dem Zusammenbruch trat er an die Spitze der Karlsruher Bürger und leitete als Oberbürgermeister die ersten Wiederaufbauarbeiten ein. Schon im Dezember 1946 übertrug man ihm das Wirtschaftsministerium in der württemberg-badischen Regierung.

In ununterbrochener Folge ist er seither dieser Arbeit treu geblieben. Mit einer über zehnjährigen Ministertätigkeit ist er im Kabinett das Regierungsmitglied mit der längsten Amtszeit. Das politische Wirken Dr. Veits war aber nicht allein auf die landespolitische Ebene beschränkt. Als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates und später des Deutschen Bundestages hat er an wichtiger Stelle mitgearbeitet, bis er im Jahre 1953 zugunsten seiner Arbeit im Lande auf seinen Sitz im Bundestag verzichtete.

Als Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat er einen hervorragenden Anteil an der Gestaltung der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

* * *

Folgen der Hexenjagd

ler. Auf die ansonsten so freundschaftlichen, ja herzlichen Beziehungen zwischen den Vereinten Staaten und Kanada sind schwere Schatten gefallen. In den allerschärfsten Tönen vermahnt sich die kanadische Regierung gegen die Methoden der amerikanischen Senatskommission für die innere Sicherheit, der der Botschafter Kanadas in Kairo, Herbert Norman, zum Opfer gefallen ist. Dieser in Kanada hoch angesehene und um sein Land hochverdiente Mann endete sein Leben durch Freitod. Er konnte es nicht mehr ertragen, als kommunistischer Agent verdächtigt zu werden - eine unverantwortliche Beschuldigung jener Hexenschneeflocken, die, den Spuren eines MacCarthy folgend, durch ihre inquisitorische Tätigkeit schon die Existenz mancher unantastbaren Menschen auf dem Gewissen haben. Die "New York Times", sonst der Regierung wohlgesonnen, spricht von einer Schande, mit der sich die Regierung und ihre Angehörigen bedeckt haben. Was an Herbert Norman geschah, war das Ergebnis eines Mordordes.

Der so Beschuldigte hatte niemals Gelegenheit gehabt, sich vor seinen Anklägern zu verteidigen. Die Senatskommission verliess sich ausschliesslich auf Zeugenaussagen, die sie ungeprüft als bare Münze übernahm, ein für einen Rechtsstaat bestürzendes Verfahren, das umso schlimmer wirkt, weil es in einem Lande erfolgte, das sich rühmt, die freieste Verfassung der Welt zu haben. Dazu kommt noch die völkerrechtliche Seite. Wohin käme die Welt, wenn jeder Staat für sich das Recht beanspruchen würde, in dem Leben fremder Staatsbürger herumzuschneffeln, sie sozusagen als Feinde der Gesellschaft abzustempeln und durch unqualifizierte Anklagen deren gesellschaftliche politische Existenz zu untergraben?

Niemand wird dieser amerikanischen Senatskommission für innere Sicherheit das Recht abgesprochen, ein wachsames Auge auf staatsgefährdende kommunistische Untriebe und Tätigkeiten zu werfen. Aber diese Suche nach Staatsfeinden sollte nicht zur Hysterie ausarten, und vor allem nicht die guten Sitten verletzen. Das tragische Ende eines Herbert Norman beweist, dass sich zu guter Letzt ein Überschreiten dieser Grenzen gegen das eigene Land richtet, seinen Ruf schädigt und seinen Lebensspielen nur Nutzen einträgt. Zu allen Zeiten waren die Hexenverfolgungen die schaurigsten Kapitel in der Geschichte der Völker, unabhängig davon, unter welchen Vorzeichen sie standen. Was sich mit Herbert Norman abspielte ist einer Demokratie unwürdig und bedeckt sie, um nochmals mit der "New York Times" zu sprechen, mit Schande. Dieser in den Freitod gehetzte Mann sollte eine Warnung für alle sein, in der Abwehr totalitärer Untriebe nicht Grenzen zu überschreiten, die Recht und Sitte und die Achtung vor der Würde des Menschen setzen. Eine Verwischung dieser Grenzen kompromittiert die Demokratie in ihrem Behauptungskampf gegen die sie bedrohenden Kräfte der Unfreiheit und der Diktatur.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel